



BREMEN SCHIEBT CLAN-CHEF IN DEN LIBANON AB

„Die Störung der Nachtruhe des Herrn Miri“

Auch ein blindes Huhn findet mal ein Korn. Nach langem Herumpicken und absichtlichem Liegenlassen ist es in Bremen doch tatsächlich gelungen, einen der gefährlichsten Chefs des Miri-Clans abzuschieben.

Der [FOCUS](#) verkündet mit Bezug auf BILD die frohe Botschaft:

Einer der führenden Köpfe des mächtigen Miri-Clans, Ibrahim Miri, ist offenbar in seine Heimat im Libanon abgeschoben worden. Spezialkräfte hätten den 46-Jährigen, der auch Chef der verbotenen Gruppierung Mongols MC Bremen sein soll, nachts in seinem Bett überrascht und festgenommen, berichtet die „Bild“-Zeitung.

Dem Bericht zufolge wurde die streng geheime Aktion „Störung der Nachtruhe des Herrn Miri“ seit Monaten von Bremer und Berliner Behörden vorbereitet. Die Spezialkräfte hätten sich nachts förmlich an das Bett des Clan-Bosses rangeschlichen und ihn umstellt. Dann hätten sie ihn geweckt und ihm mitgeteilt, dass er umgehend abgeschoben werden würde. [...]

Mit einem Hubschrauber sei er schließlich aus Bremen zum Flughafen in Berlin-Schönefeld gebracht worden. Von dort sei

er in Begleitung von Spezialkräften in einen vollgetankten Learjet verfrachtet worden, berichtet die „Bild“ weiter. Die Maschine hob demnach um 6.20 Uhr ab und landete knapp vier Stunden später in Beirut, wo Miri von den libanesischen Behörden in Empfang genommen wurde.

Allein auf das Konto der so genannten „M-Kurden“ gehen allein in Bremen ca. 900 Straftaten pro Jahr, also knapp 3 pro Tag ([Stand 2013](#)). Die wurden von den „politischen Freunden“ des Schwerkriminellen jahrelang ignoriert und der eigenen Bevölkerung zugemutet.

Offensichtlich erinnerte sich die SPD vor Monaten daran, dass am 26. Mai Wahlen zur Bürgerschaft anstehen würden und ging in Planung, auch einmal etwas anderes als Kampf gegen Rechts zu machen. Doch die Vorbereitungen für das gewagte Unternehmen dauerten dann doch zu lange. Wie man weiß, kamen der gute Vorsatz und das gute Vorhaben etwas zu spät für die SPD, die in Bremen das katastrophalste Ergebnisse ihrer Geschichte einfuhr. Trotzdem, danke für die gute Aktion.

Danke, Bürger in Wut. Danke, AfD.



Bremen: Zitterpartie für AfD

und FDP

Neben den EU-Wahlen finden am Sonntag auch im Zwei-Städte-Staat Bremen Landtags- und Kommunalwahlen statt. Laut den Umfragen darf sich von den kleinen Parteien bisher nur Wutbürger-Chef Jan Timke freuen, der über die BIW-Hochburg Bremerhaven sicher in die nächste Bürgerschaft einziehen dürfte.

Was den Superwahlsonntag im Bundesland Bremen so besonders und spannend macht, ist neben der krachenden Niederlage, welche die dort seit mehr als 70 Jahren regierende SPD zu erwarten hat, auch die gesonderte Fünf-Prozent-Hürde in den Wahlbereichen Bremen und Bremerhaven. Denn um einen der insgesamt 84 Sitze in der Bremischen Bürgerschaft / Landtag zu erringen, reicht es im Zwei-Städte-Staat aus, auch nur in einer der beiden Kommunen die Sperrklausel zu überwinden.

Das ist seit den Wahlen im Jahre 2007 bereits drei Mal der Wählervereinigung Bürger in Wut (BIW) um ihren Vorsitzenden Jan Timke im Wahlbereich Bremerhaven gelungen. Für die Seestadt sind 15 Sitze im Bremer Landesparlament reserviert.

Glaubt man den aktuellen [Umfragen](#), muss die FDP mit landesweit 5 bis 6 Prozent, aber auch die AfD mit 6 bis 7 Prozent, um den Einzug ins Parlament bangen. Die BIW werden landesweit bei 3 bis 4 Prozent taxiert.

Die Wählervereinigung wird aber über ihre Hochburg Bremerhaven, wo die Wutbürger seit vielen Monaten stabil mit 9 Prozent plus X gehandelt werden und in den letzten Wochen und Monaten zusätzlich für reichlich politischen Wirbel gesorgt haben (PI-NEWS berichtete [hier](#) und [hier](#)), [wohl sicher](#) in die nächste Bremische Bürgerschaft / Landtag einziehen. Beobachter rechnen sogar mit einem deutlich zweistelligen Ergebnis für die Timke-Truppe in der Seestadt.

Die derzeitige Schwäche der farblosen Liberalen in Bremen

hängt nicht zuletzt auch mit den [unbedachten Äußerungen](#) ihrer Vorsitzenden Lencke Steiner (33) zusammen, die sich gerne auch mal von „den migrantischen Jungs“ so richtig abfeiern lässt, wenn sie mit ihrem BMW 650i Cabriolet – „450 PS, mit ordentlich Bums“ – in Bremens Problembezirken durch die Gegend fährt. Das Problem bei dieser Clientel in den Problembezirken, vor der die FDP-Vorsitzende sich ab und zu mal aufplustert: sie nimmt wohl nicht in ausreichender Anzahl an den Wahlen teil – was sich gerade in den Umfragen für die FDP niederschlägt.

Das schlechte Abschneiden der Bremer AfD, die in der Wählergunst bestenfalls halb so stark wie im derzeitigen Bundestrend der Partei gesehen wird, liegt wohl in der Hauptsache an den hausgemachten Problemen und „stärksten Fliehkräften“ innerhalb des äußerst [zerstrittenen](#) Landesverbandes, wie selbst der stets AfD-nahe Compact-Chefredakteur, Jürgen Elsässer, in einem [Beitrag](#) unlängst konstatiert hat. Bezeichnenderweise wurde auch der einzige Abgeordnete der Bremer AfD, [Alexander Tassis](#), der in der Mutterpartei als gut vernetzt und beliebt gilt, auf der Landesliste nicht mehr aufgestellt.

Erschwerend für die Alternative kommt hinzu, dass die CDU um ihren Spitzenkandidaten, den Polit-Neuling und IT-Millionär Carsten Meyer-Heder (58), mehrfach eine Koalition mit der AfD und den Linken nach der Wahl [ausgeschlossen](#) hat – die Bürger in Wut aber explizit nicht genannt wurden.

Ein starker bürgerlicher Block ist in Bremen derzeit allerdings wichtiger denn je – ganz besonders wenn die schwächelnde FDP als Koalitionspartner für die Christdemokraten ausfällt!

Die konservativen Bremer Wähler werden sich – leider – zwischen der Alternative und der Wählervereinigung Bürger in Wut entscheiden müssen.

Die CDU dürfte am Sonntag stärkste politische Kraft werden und der SPD droht in ihrer letzten Hochburg eine Schlappe historischen Ausmaßes.

Noch ist das Rennen allerdings völlig offen, denn 45 Prozent der Befragten gaben bei der letzten [Erhebung am Donnerstag](#) an, in ihrer Wahlentscheidung noch unentschlossen zu sein.

Ein spannender Wahlsonntag wird es allemal...



„Silvester alles unter Kontrolle“: Märchenstunde bei der Bremer Polizei

Die von Politik und Mainstream-Medien vielgepriesene „insgesamt ruhige Silvesternacht“ entpuppt sich an immer mehr Brennpunkten der Bundesrepublik als ganz schickes Relotius-Märchen.

So wurden in Hamburg die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Tonndorf bei einem Rettungseinsatz von einem wütenden Migrantemob angegriffen (PI-NEWS [berichtete](#)). Neben vielen weiteren Städten gelangen jetzt auch die brisanten Vorfälle an der Grohner Düne, einem Multikulti-Schmelztiegel im Bremer

Norden, scheinchenweise ans Tageslicht.

Während die *Kreiszeitung* ihren Lesern am Neujahrsnachmittag noch beruhigend eingetrichtert hat, dass die „[Menschen in Niedersachsen und Bremen eine ruhige Silvesternacht](#)“ gefeiert haben, [berichtete](#) der Bremer *Weser Kurier* wohl in Kenntnis oder leiser Vorausahnung bereits etwas zurückhaltender.

Jetzt wurde bekannt, dass bis zu 150 „junge erlebnishungrige Männer“ an der Grohner Düne im Bremer Norden mehrfach gezielt Polizeibeamte mit Silvesterböllern attackiert haben und aus der Menge heraus auch mit einer Schreckschusspistole mehrfach auf die Einsatzkräfte gefeuert wurde. Ferner konnte eine „Anscheinswaffe“, die einer echten Waffe täuschend ähnlich ist, laut Polizei gesichtet werden.

Und auch mit dieser „Anscheinswaffe“ (mutmaßlich eine Kriegswaffe/Maschinenpistole) wurde auf die eingesetzten Polizisten geschossen. Doch die auf sämtliche Situationen vorbereitete Bremer Polizei hatte die Lage mit ihren vier (!) Streifenwagen, laut ihrem Vorgesetzten, jederzeit im Griff. Auch habe der Einsatzleiter vor Ort (in der dunklen Silvesternacht aus sicherer Entfernung) sofort erkannt, dass es sich bei der „Anscheinswaffe“ eben um keine echte Schusswaffe gehandelt habe. Auf ein konsequentes Einschreiten, auch um die Lage nicht zu eskalieren, wurde daraufhin verzichtet!

Wer jetzt an Satire denkt, dem sei die Lektüre über den Vorfall in der *Norddeutschen* empfohlen – das Blatt [schreibt](#):

Was war in der Silvesternacht passiert? Laut Michael Steines waren die Polizeibeamten zu keiner Zeit in Gefahr. „Wir waren diesmal vorbereitet“, betont Steines. Die Polizei hatte vier Streifenwagen im Bereich der Hochhaussiedlung postiert. Als sich der Pulk um Mitternacht versammelte, habe der Einsatzleiter aufgrund der schlechten Erfahrung vergangener Jahre entschieden, die Ereignisse aus der Entfernung im Blick

zu behalten. Aus der Gruppe seien wiederholt Böllerwürfe erfolgt.

„Das Besondere war, dass jetzt eine Schreckschusswaffe und eine Anscheinswaffe auftauchten“, sagt Steines. Aus den Waffen wurden offensichtlich Knall- und Signalmunition abgefeuert. Dabei sei auch in Richtung der Streifenwagen gezielt worden. Der Einsatzleiter soll jedoch erkannt haben, berichtet Steines, dass es sich nicht um echte Waffen handelte und auch keine Bedrohung bestanden habe. „Anscheinswaffen sehen echt aus, aber durch das Verhalten konnte der Einsatzleiter einschätzen, dass Raketen abgeschossen werden sollten.“ (...)

Steines rechtfertigt, dass die Beamten nicht einschritten: „Wir haben der Verhältnismäßigkeit wegen auf eine Zugriffssituation verzichtet.“ Es sei davon auszugehen gewesen, dass sich die Situation bei einem Eingreifen nur verschärft hätte. Zudem hätte sich die Ansammlung nach ungefähr 30 Minuten von allein aufgelöst.

Ein Polizeibeamter, der namentlich aus bekannten Gründen nicht genannt werden kann, widerspricht seinem Vorgesetzten:

„Für die Bewohner der Grohner Düne müsse es geradezu eine Freude gewesen sein, Polizeibeamte mit Knallern und Böllern zu beschießen und festzustellen, dass ‚die Bullen nichts machen können‘.“

Die Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW) hat den Vorfall bereits auf die politische Tagesordnung gesetzt, wie in dem Blatt weiterhin zu lesen ist:

Cord Degenhard, Fraktionschef der Wählergemeinschaft Bürger in Wut, fordert eine Sondersitzung: „Verantwortliche Personen der Polizeiführung sollen auf einer öffentlichen Sitzung darüber informieren, was an dem Abend tatsächlich geschah.“

Denn: „Sogar von einer Kriegswaffe/Maschinenpistole war die Rede. Schon der Besitz solch einer Waffe ist ein Straftatbestand. Selbst wenn es sich nur um eine Anscheinswaffe gehandelt hat, darf diese nicht öffentlich gezeigt werden.“ (...)

Cord Degenhard ist überzeugt, dass die Polizei die Vorgänge an der Grohner Düne absichtlich verschwiegen hat. Er hat das Thema bereits in dieser Woche in den Sprecherausschuss des Vegesacker Beirats gebracht und ärgert sich, dass das Gremium das Thema erst im Februar beraten will. Verantwortlich macht er dafür den stellvertretenden Beiratssprecher. „Es ist eine allzu bekannte Vorgehensweise der Grünen, brisante Themen zu verschleppen. Die Bürger haben ein Recht auf zeitnahe Information“, begründet Degenhard, warum er nun für eine Sondersitzung plädiert und dafür Unterstützung bei weiteren Fraktionen sucht.

Der langjährige BIW-Landtagsabgeordnete [Jan Timke](#), ein stets gut informierter ehemaliger Bundespolizist und BKA-Beamter, hat die Problematik in seiner heutigen KLARTEXT-Kolumne bereits in gewohnter Deutlichkeit [aufgegriffen](#):

Die KLARTEXT-Kolumne



Liebe Bremerhavener,

auch zum Jahreswechsel 2018/2019 kam es wieder zu Übergriffen auf Einsatzkräfte von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten. Allein in Berlin wurden 49 Attacken verzeichnet, bei denen u.a. Pyrotechnik, Schreckschusspistolen und sogar Brandsätze zum Einsatz kamen. Aus verschiedenen Städten wird berichtet, dass Polizeibeamte aus Gruppen zumeist junger Männer mit Steinen, Flaschen und Feuerwerkskörpern beworfen wurden. In Bremerhaven haben Unbekannte Polizisten mit Silvesterraketen beschossen.

Angesichts solcher Schreckensmeldungen frage ich mich: **In welcher Gesellschaft leben wir eigentlich?** Wie kann es sein, dass ausgerechnet denjenigen blinder Hass entgegen schlägt, die Menschen in Not helfen und uns Bürger schützen wollen? **Das Wertesystem in Deutschland ist offenbar völlig aus den Fugen geraten.** Anstand, Respekt und die Achtung vor dem Leben und der körperlichen Unversehrtheit Dritter zählen immer weniger. Die Folgen dieses Werteverfalls zeigen sich in der Brutalisierung unseres Alltags und das nicht nur zu Silvester. Wir ernten die späten Früchte der „Umdefinierung von Werten und Tugenden“, die vor 50 Jahren von der linken 68er-Bewegung ausgerufen wurde. Der starke Zuzug junger Männer aus gewaltaffinen Kulturkreisen infolge der Flüchtlingskrise tut ein Übriges.

Für die Gruppe BÜRGER IN WUT ist klar: **Angriffe auf Polizisten, Feuerwehrleute und Sanitäter richten sich gegen die ganze Gesellschaft.** Sie müssen vom Rechtsstaat nicht nur durch strenge Gesetze, sondern auch durch eine Rechtsprechung gehandelt werden, die diese Bezeichnung verdient. Und wir brauchen echte Wertschätzung für diejenigen Menschen, die jeden Tag ihren Kopf für die Sicherheit in unserem Land und den Schutz seiner Bewohner hinhalten. Deshalb spreche ich den Angehörigen von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdiensten meinen Respekt und Dank aus: **Ihr macht trotz aller Widrigkeiten einen verdammt guten Job, meint Ihr**

Jan Timke, MdBB
BIW-Gruppenvorsitzender

Wie ist Ihre Meinung dazu? Schreiben Sie uns!

V.i.S.d.P.: Gruppe BÜRGER IN WUT, Ludwigstr. 20, 27570 Bremerhaven,

Tel.: 0471-92927692, E-Mail: info@buenger-in-wut.de,

Internet: www.biw-gruppe.de

Zum Vergrößern bitte auf das Bild klicken.

PI-NEWS berichtet weiter...

EXT-Kolumne

Bremerhavener,

aus dem Sack: Der massenhafte Sozialbetrug in B
echtlichen Konsequenzen haben. Weder Ex-Stad
Berlin Astrid Henkel (beide SPD) sollen für ihre M
schaft gezogen werden. Diesen Beschluss fasste kürzlic
auf das Gutachten eines SPD-nahen Juristen.

lementarische Untersuchungsausschuss „Sozialbetrug
gestellt, dass Rosche und Henkel bereits im M
, wonach mit Hilfe von fingierten Arbeitsverträgen wie
kontars in Anspruch genommen wurden. Doch nicht
PIJA wusste die SPD schon seit Juni 2013, dass ihr

Bremen: Timkes Klartext-Kolumne schallende Ohrfeige für Altparteien

Die konservative Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW) ist mittlerweile seit elf Jahren politisch im kleinsten Bundesland Bremen aktiv und den PI-NEWS-Lesern bestens geläufig. BIW-Chef Jan Timke, ein ehemaliger Bundespolizist und BKA-Beamter mit mehr als 20 Jahren Diensterfahrung, sitzt seit dem seit [23. September 2008](#) auf dem Ticket der von ihm mitbegründeten Wählervereinigung als Landtagsabgeordneter in der Bremischen Bürgerschaft. In der laufenden Legislaturperiode verfügt die Wählervereinigung der Wutbürger über [drei Mandate](#) im extrem linksgrün-dominierten Bremer Landesparlament.

Durch konsequent unaufgeregte und sachlich fundierte Politik haben es die rund Einhundert Bremer Mitglieder der bundesweiten Wählerinitiative über die Jahre geschafft, den für eine politische Kraft gewöhnungsbedürftig markanten Namen „BÜRGER IN WUT“ zu einem Markennamen zu formen und ihr wertkonservatives [Programm](#) einer immer breiter werdenden Öffentlichkeit zugänglich zu machen – sehr zum Missfallen der Protagonisten der Altparteien an den Schalthebeln der Macht.

Besonders deutlich wurde die steigende Angst des linksgrün-dominierten Bremer Establishments vor dem Erstarken der Wutbürger, als Ende August dieses Jahres die Bremerhavener Privaträume des BIW-Abgeordneten Timke von einem Staatsanwalt und sechs Kriminalbeamten wegen eines Facebook-Posts zur Nachtzeit durchsucht wurden (PI-NEWS berichtete [hier](#) und [hier](#)).

Ein weiterer Grund könnte die seit mehr als einem Jahr von den BIW erscheinende [Klartext-Kolumne](#) sein, die jeden zweiten Sonntag über das Bremerhavener *Sonntagsjournal* und den Bremer

Weser Report sämtliche Haushalte im Bundesland Bremen erreicht und die es ein jedes Mal gehörig in sich hat.

So trägt auch die heutige Ausgabe, die sich dem Bremer Vater Tim F. widmet, der wegen der Befindlichkeiten von Anhängerinnen der Religion des Friedens mit seiner kleinen Tochter vom Kinderschwimmen ausgeschlossen wurde ([PI-NEWS berichtete](#)), den Namen „Klartext-Kolumne“ mehr als berechtigt – Timke [schreibt](#):



Liebe Bremerhavener,

kurz vor Weihnachten hat der Fall des Familienvaters Tim F. aus Bremen für Schlagzeilen gesorgt. Der wollte seine zweijährige Tochter Amelia-Sophie zum Kinderschwimmen begleiten, den der Mutter-Kind-Treff im Stadtteil Tenever ausgerichtet hatte. Doch daraus wurde nichts, weil F. von der Gruppenleiterin kurzerhand ausgeladen wurde. Ihre skurrile Begründung: **Drei Mütter muslimischen Glaubens, die ebenfalls an dem Badetag teilnehmen wollten, hätten sich über die mögliche Anwesenheit eines Mannes beschwert.** F. dürfe deshalb nicht zu dem Termin kommen und solle stattdessen seine Frau schicken!

Wohlgemerkt, dieser Vorfall ereignete sich nicht etwa im fernen Orient, sondern mitten in unserem Bundesland! Er wirft ein grelles Licht auf die Probleme, die einige Zuwanderer aus fremden Kulturkreisen mit ihrer Integration in Deutschland haben. Dabei sollte klar sein: Bei uns gelten die Regeln einer modernen, aufgeklärten Gesellschaft, zu denen auch die Gleichberechtigung von Mann und Frau gehört. Diese Errungenschaften dürfen im Alltag nicht zur Disposition gestellt werden, weil einzelne Migranten einem vorsintflutlichen Weltbild anhängen. **Grundlage für das Zusammenleben in Deutschland sind die Wertvorstellungen der Mehrheitsgesellschaft und nicht die kulturellen Eigenarten der Zugewanderten.** Es ist deshalb unerträglich, wenn Verantwortliche wie in Tenever geschehen den politisch korrekten Kotau vor migrantischen Befindlichkeiten machen anstatt Rückgrat zu zeigen!

Leider handelt es sich um keinen Einzelfall. Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Annette Widmann-Mauz (CDU), hat kürzlich eine Grußkarte zu den bevorstehenden Feiertagen verschickt, in der das Wort „Weihnachten“ an keiner Stelle auftaucht! Wir halten nichts von derlei Anbiederei. **Die BIW-Gruppe in der Bürgerschaft wünscht allen Menschen in Bremerhaven ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins Jahr 2019!**

Herzlichst, Ihr

Jan Timke, MdBB
BIW-Gruppenvorsitzender

Wie ist Ihre Meinung dazu? Schreiben Sie uns!

**V.i.S.d.P.: Gruppe BÜRGER IN WUT, Ludwigstr. 20, 27570 Bremerhaven,
Tel.: 0471-92927692, E-Mail: info@buerger-in-wut.de,
Internet: www.biw-gruppe.de**

Entsprechend dürften auch am heutigen 4. Advent diverse linksidiologische Bremer Politiker beim Lesen der Sonntagszeitung ihr frisches Müsli mit veganer Milch in dieselbe gespuckt haben...



Muslimische Frauen schließen Mann vom Eltern-Kind-Baden aus

Von SARAH GOLDMANN | Das Frauenbild und das Männerbild haben sich seit den 60er und 70er Jahren gewandelt. Die Frau ist nicht allein für die Kinder zuständig, der Mann nicht allein für den Beruf. Elternzeit wird immer mehr auch von Vätern genutzt, Väter schieben Kinderwagen und wechseln Windeln auf Toilettenräumen, die ihnen gemeinsam mit den Frauen zustehen. Väter machen mit beim Babybaden, unter dem Beifall der Frauen, in der Regel. Einer, der sich so eingebracht hat, war ein Vater aus Bremen, Tim. Die [BILD](#) berichtet über sein rühriges Engagement beim Mutter-Kind-Treff Bremen-Tenever:

„Ich bin gerade in Elternzeit und begleite meine Tochter schon seit Wochen zu dem Mutter-Kind-Treff im Haus der Familie.“

Meine Frau bleibt daheim, weil sie unser zweites Kind stillt. Die anderen Frauen waren begeistert, endlich ein Vater in ihrer Mitte.“

Letzte Woche sollte es dann mit dem ganzen Kurs ins Teneverbad zum Schwimmen gehen. Papa Tim kaufte noch Schwimmwindeln für seine Tochter. Dann kam der Anruf von

Treff-Leiterin Svantje K. BILD liegt das Ton-Dokument vor, K. hinterlässt auf der Mailbox von Amelia-Sophies Vater folgenden Text:

„Ich wollte dir Bescheid geben: Wir sind ja am Mittwoch alles Frauen. Und es sind auch muslimische Frauen dabei. Deswegen wäre es gut, wenn deine Frau kommen würde. Du kannst dann leider nicht kommen. (...) Ich hoffe auf dein Verständnis!“

Tim hat das nicht verstanden, was gäbe es auch zu verstehen? Dass es schlecht ist, wenn er als Mann einen Blick auf die nackten Handgelenke wirft oder auf die Kniescheiben der Weiber oder auf ein Büschel Haare, das ihnen irgendwo heraussteht?

Kopfkino von Muslimas und ihren männlichen Lehrmeistern: Ein (nichtmuslimischer) Mann würde sie und ihre Füße und Beine und Arme und Haaransätze anstarren, anstatt auf seine 2-jährige Tochter aufzupassen. Und dann kommt Allah und bestraft sie ganz hart dafür, die Muslimas, denn Allah ist hart im Strafen.

Oder, auch gerne verwandt, selbst von Uralten, die selbst ein Triebtäter herauswürgen würde: Die Bedeckung würde sie vor [vor Belästigung retten](#) und natürlich erst recht und besser noch, wenn erst gar kein Mann da ist. Sonst straft Allah sie mit dem Mann als Werkzeug seiner hart im Strafen befindlichen Neurose.

Mit Rationalität kommt man ihnen nicht bei. Da müssten sie auch ihren muslimischen Mackern, Brüdern und Onkeln und Vätern verbieten, in Freibädern und Badeseen die anderen Frauen anzuglotzen, während die eigenen sich um die Kleinen kümmern, angezogen.

Doch zurück zu Tim. Tim beschwerte sich. doch Svantje K., die Leiterin der Elterngruppe, wollte sich nicht äußern, warum eigentlich nicht?

BILD hakte nach bei Svantje K. Doch die wollte sich nicht äußern und verwies an den Träger der Einrichtung, die

Sozialbehörde. Deren Sprecher David Lukaßen (37) sagte gegenüber BILD: „Wir wollen mehr Väter in den Eltern-Kind-Gruppen. Wir wollen auch, dass Väter häufiger in die Elternzeit gehen. Sie sollen natürlich mit muslimischen Eltern gemeinsam am Kinderschwimmen teilnehmen. Was dort praktiziert wurde, ist grundsätzlich nicht die Linie unseres Hauses.“

Lukaßen will die Verantwortlichen zur Rede stellen. Vielleicht dürfen Papa und Tochter in Zukunft dann doch mitschwimmen ...

Die Verantwortlichen zur Rede stellen, da gäbe es viele. Zuerst Mohammed, den „Propheten“, der sich den ganzen jeder Vernunft Hohn sprechenden Unsinn ausgedacht hat. Dann diejenigen, die selbstverschuldet und gerne in die von Allah (Mohammed!) diktierte Unmündigkeit gingen und ihrem Führer blind folgen. Zuletzt diejenigen, die eigentlich kritisch erzogen sein sollten in den letzten Jahrzehnten an deutschen Schulen und doch in ihrer Verzagtheit und Feigheit es dulden, dass Leute, die sich unzivilisiert benehmen, der zivilisierten Mehrheit ein archaisches Rollenverständnis aufzwingen, dass man hierzulande schon längst überwunden glaubte.



Bremen: Wutbürger ziehen rot-grünen Senat vor Staatsgerichtshof

Die konservative Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW) hat erst im Februar 2017 die Spielregeln zur Beantwortung von Abgeordneten-Anfragen durch ein wegweisendes Urteil vor dem höchsten Bremer Gericht neu „ausgehandelt“ und somit die Abgeordnetenrechte von Oppositionspolitikern enorm gestärkt (PI-NEWS [berichtete](#)).

Doch die schallende Ohrfeige vor dem Bremer Staatsgerichtshof hat die Arroganz der Macht nach 70 Jahren SPD-Herrschaft im Bundesland Bremen, die sich tagtäglich aufs Neue in einer Politik nach Gutsherrenart offenbart, nur bestenfalls marginal beeindruckt. Jetzt zieht die Bürgerschaftsgruppe der BÜRGER IN WUT, bestehend aus den Landtagsabgeordneten Jan Timke, Piet Leidreiter und Klaus Remkes, den rot-grünen Bremer Senat erneut wegen seiner Informationspolitik vor den Staatsgerichtshof.

Auch in diesem neuerlichen Sachverhalt sollen die obersten Richter feststellen, dass die rot-grüne Landesregierung durch eine völlig unvollständige und ausweichende Antwort auf eine parlamentarische Anfrage die Rechte der BIW-Abgeordneten verletzt hat.

Im aktuell bemängelten Fall wollte BIW-Chef Jan Timke im Juni dieses Jahres im Rahmen einer [parlamentarischen Anfrage](#) von Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) in Erfahrung bringen, in wie vielen Fällen Polizeibeamte, Angehörige der Justiz, Politiker oder Mitarbeiter der Verwaltung (mutmaßlich) im Zusammenhang mit ihrer dienstlichen und/oder politischen Tätigkeit von dritten Personen rechtswidrig in ihrem privaten Wohnumfeld angegangen wurden.

Eine Frage, deren wahrheitsgemäße Beantwortung den tiefroten SPD-Innensenator, der erst kürzlich wegen einer antisemitischen Äußerung europaweit in der Kritik stand (PI-NEWS berichtete [hier](#) und [hier](#)), bei den bekannten Zuständen im kleinsten Bundesland gehörig in Bredouille bringen könnte – insbesondere im aufkommenden Wahlkampf.

Die seinerzeitige [Antwort](#) fiel entsprechend aus. Geändert hat sich auch nach der Ankündigung von BIW-Chef Jan Timke, die Angelegenheit nötigenfalls erneut vor den Staatsgerichtshof zu bringen, nichts – wie man an der gestrigen Anfrage von Timke an Mäurer zum Thema „Linksextremes Banner: ‚Deutschland Du mieses Stück Scheiße‘ der Werder-Fangruppe ‚Caillera‘“ eindrucksvoll feststellen kann:



Bremen-Migration: Einer geht noch

Bremen gehört zu den größten Nehmerländern beim [Länderfinanzausgleich](#). 692 Millionen Euro kassierte der kleinste Stadtstaat in 2017 dank anderer Zahlmeister. Das arme Bremen ist vielleicht nicht so sexy wie das Schlusslicht Berlin, hat aber ein großes Herz: man will wieder mehr Flüchtlinge einbürgern und aktiv bei diesen dafür werben.

Laut [Süddeutscher Zeitung](#) hat die rot-grüne Landesregierung am

Dienstag eine entsprechende Kampagne auf den Weg gebracht. Alle 36.000 Geflüchteten in der Weser-Stadt, die die rechtlichen Voraussetzungen erfüllten, bekommen demnächst einen Brief von Bürgermeister Carsten Sieling (SPD) und Bürgermeisterin Karoline Linnert (Grüne).

Die Briefe sollen voraussichtlich ab November in alphabetischer Reihenfolge nach und nach an die potenziellen Neubürger rausgehen, rund 1000 Schreiben monatlich. Zusätzlich informiert eine Internetseite über erfolgreiche Beispiele von Ausländern, die sich einbürgern lassen haben. Einbürgerungslotsen sollen Interessierten bei Fragen zur Seite stehen. Watt mutt, dat mutt. Man gönnt sich ja sonst nichts.

Die Bremer Stadtmusikanten, die auch einen Migrationshintergrund haben, würden vor Begeisterung Wiehern und Krähen, denn in der chronisch klammen Stadt sind laut Gebrüder Grimm schon immer Migrationsträume wahr geworden: als Grund für die Aktivitäten wird nämlich angegeben, dass die Einbürgerungsquote für Ausländer in den vergangenen Jahren von 2,64 auf 1,29 Prozent gesunken sei. Man nehme sich deshalb ein Beispiel am einbürgerungsfreundlichen Hamburg, wo man schon viel weiter sei. Hamburg gehört 2017 allerdings zu den Geberländern im Finanzausgleich. (RB)



Bremens Antisemitismusproblem

Wer im von SPD und den Grünen dominierten Bundesland Bremen die Flüchtlingspolitik der CDU-Kanzlerin kritisiert, wird umgehend mit der Nazikeule traktiert und bekommt die völlig überzogene Härte der Justiz zu [spüren](#). Im heuchlerischen Gegenzug wird die auf stramme Lügen basierende „Israelkritik“ und blanker Antisemitismus schleichend wieder gesellschaftsfähig getrimmt.

Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (67, SPD) hat im Rahmen einer Parlamentsdebatte am 27. September 2018 über die Gefährdung der inneren Sicherheit durch die Zuwanderung radikaler Migranten folgende Aussage [getätigt](#):

„Ich würde auch demonstrieren, wenn ich sehe, dass die israelische Armee am Grenzzaun Dutzende Palästinenser einfach hinrichtet.“

Dieser Satz, mit dem der Altlinke Senator tief blicken ließ, hat national wie international äußerst hohe Wellen geschlagen. Die israelische Zeitung *The Jerusalem Post* [berichtete](#) ausführlich und in aller Deutlichkeit über die antisemitische Entgleisung des Ministers aus Bremen.

Auch die deutschsprachige *Jüdische Allgemeine* (JA) [berichtete](#) entsprechend – und der Mäurer-Beitrag avancierte für diesen Tag sogar zum meistgelesene Artikel des Nachrichtenportals.

Und selbst die Landeschefin der Bremer Grünen, Alexandra Werwath, kritisierte ihren Koalitionspartner im sozialen Netzwerk [Twitter](#) in aller Deutlichkeit und warf Mäurer „antisemitische Lügenverbreitung“ vor.

Nach Mäurers halbherziger und durchschaubarer [Rücknahme](#) seiner Äußerung, ließ sich die Vize-Chefin der Unions-Bundestagsfraktion, Gitta Connemann (54, CDU), zugleich Vize-Präsidentin der „Deutsch-Israelischen Gesellschaft“, mit

folgendem Statement in der *BILD* [zitieren](#):

„Mit dieser halbherzigen Entschuldigung ist es nicht getan. Er ändert nur die Wortwahl, sein – falscher – Vorwurf bleibt. Damit macht der Innensenator Judenhass hoffähig.“

Der *Achgut*-Gründer Henryk M. Broder [witzelte](#) über Bremens Innensenator:

„Immer wieder schön zu sehen, wie ein Dorfpolizist reagiert, wenn er mal selbst beim Klauen erwischt wird.“

Bremens Regierungschef Carsten Sieling (59, SPD), der erst kürzlich zum unbeliebtesten Bürgermeister der 15 größten deutschen Städte [gekürt](#) wurde, sieht bisher keinen konkreten Handlungsbedarf.

Beim größten GEZ-finanzierten Regionalnachrichtensender *buten un binnen* (Radio Bremen) erschien kurz darauf unter dem Titel [„3 Fakten zum Wirbel um Mäurers Israel-Aussage“](#) ein ausführlicher Beitrag, in dem Bremens Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) von allen Seiten die „Generalabsolution“ erteilt wurde (Hervorhebung durch PI-NEWS):

*Hermann Kuhn, Vorsitzender der Deutsch-Israelischen Gesellschaft in Bremen und zugleich einer der beiden Vorstandssprecher der Bremer Grünen, hat Mäurer in der vergangenen Woche einen Brief geschrieben. In diesem kritisiert er dessen Äußerung mit den Worten: „Dieser Satz kann so nicht stehen bleiben; er stellt Ursache und Wirkung auf den Kopf und delegitimiert das Recht der israelischen Regierung, die Grenzen ihres Landes zu schützen.“ Auf Nachfrage erklärte Kuhn, dass er Mäurers Satz für grundfalsch halte. **Diese als antisemitisch zu bezeichnen, sei jedoch „Quark“.** Das hatte Kuhns Vorstandskollegin Alexandra Werwath zuvor getan. (...)*

Am Montag ruderte Werwath auf Nachfrage zurück: „Da bin ich

*ein bisschen über das Ziel hinausgeschossen.“ Die Äußerung sei nicht unbedingt als **antisemitisch**, sondern viel mehr als **anti-israelisch** einzuordnen.*

*Auch Juliane Wetzel vom Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin sieht die Äußerung Mäurers **nicht als antisemitisch an**. Gleichwohl hält auch sie den Satz für falsch: „Das ist eine unsinnige Behauptung, es gibt aber einen Unterschied zwischen überzogener Kritik am Staat Israel und Antisemitismus.“ Nicht alles, was man gegen Israel sage, sei antisemitisch – selbst dann, wenn es nicht stimme. „Anders wäre es, wenn Mäurer das Vorgehen der israelischen Armee mit den Nazis verglichen hätte.“ Aber das hat Mäurer nicht getan. In den Augen von Wetzel muss man aufpassen, den Vorwurf des Antisemitismus nicht inflationär zu verwenden.*

Das einzige Blatt in Bremerhaven, die *Nordsee Zeitung*, hat – wie uns unterschiedliche Leser in sehr deutlich formulierten Zuschriften unabhängig voneinander bestätigt haben – Mäurers antisemitische Äußerung bisher mit keiner einzigen Silbe (!) thematisiert. Ein für zahlreiche in Bremerhaven lebende Menschen jüdischen Glaubens nur äußerst schwer zu ertragender Zustand!

Umso deutlicher hat der Bremerhavener Landtagsabgeordnete Jan Timke, der mit seiner Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW) über drei Mandate im Bremer Landesparlament verfügt, in seiner regelmäßig im Bremerhavener [Sonntagsjournal](#) erscheinenden Klartext-Kolumne mit der Regierungspartei SPD [abgerechnet](#) (Druckausgabe vom 14.10.2018):

Liebe Bremerhavener,

Eklat in der Bürgerschaft: *Im Rahmen einer Debatte über die Gefährdung der inneren Sicherheit Bremens durch die Zuwanderung radikaler Migranten ließ sich Innensenator Ulrich Mäurer zu der Aussage hinreißen, „dass die israelische Armee am Grenzzaun Dutzende Palästinenser einfach hinrichtet.“*

Mit seiner Bemerkung zielte der SPD-Politiker auf die gewalttätigen Ausschreitungen von Palästinensern im Mai dieses Jahres ab. Damals feierte der Staat Israel den 70. Jahrestag seiner Gründung, was die USA zum Anlass nahmen, ihre Botschaft in die Hauptstadt Jerusalem zu verlegen. Initiiert durch die terroristische Hamas versuchten mehr als 35.000 Aktivisten im Gazastreifen, die Grenze zu Israel gewaltsam zu überwinden. Israelische Sicherheitskräfte wurden mit Brandbomben und Sprengsätzen attackiert. Die Soldaten mussten von ihren Schusswaffen Gebrauch machen – aber nicht, um Palästinenser „einfach hinzurichten“, wie Mäurer behauptet, **sondern um das Territorium ihres Landes zu schützen und ihr eigenes Leben zu verteidigen!**

Nach massiven Protesten aller Parteien bis hin zum grünen Koalitionspartner, der Mäurer „antisemitische Lügenverbreitung“ vorwarf, ruderte der Senator halbherzig zurück. Allerdings bedauerte Mäurer nur die Wortwahl, distanzierte sich aber nicht inhaltlich von seiner unsäglichen Äußerung. Das ist deutlich zu wenig. Mit seinem verbalen Fehltritt hat Mäurer dem Ansehen Bremens national wie international schweren Schaden zugefügt. Wenn sich der SPD-Senator nicht zu einer glaubwürdigen Entschuldigung durchringen kann, dann kann es für ihn nur eine Option geben: Den sofortigen Rücktritt von seinem Ministeramt!

Ein unbeliebter, weil farbloser Bürgermeister Sieling, ein völlig überforderter Justizsenator Günthner und jetzt die antisemitische Entgleisung von Mäurer: Für die Gruppe BIW ist klar: **Die Bremer SPD hat nach 70 Regierungsjahren fertig!** Höchste Zeit für einen politischen Wechsel in unserem Bundesland,
meint Ihr
Jan Timke

Daraufhin hat die Gruppenvorsitzende der Partei Die Linke im Bremerhavener Kommunalparlament, [Petra Brand](#) (67), auf Timkes

Klartext-Kolumne mit einem Eintrag auf [ihrer Seite](#) beim sozialen Netzwerk *Facebook* reagiert, der ebenso tief blicken lässt:



Der Eintrag zeigt eine von Antisemiten und sonstigen Feinden Israels gerne präsentierte Anti-Israel-Karte, die den „palästinensischen Landverlust zwischen 1946 und 2000“ dokumentieren soll – und die mit nur wenigen Mausklicks als das enttarnt werden kann ([hier](#), [hier](#) oder [hier](#)), was sie ist: Antisemitische Lügenverbreitung!

Auch auf diesen mittlerweile wieder [gelöschten](#) Eintrag konnten bisher, [bis auf Jan Timke](#), keinerlei Reaktionen festgestellt werden.



Clan-Mitglieder zollen Bremer Landgericht ihren „Respekt“

Im Juli vergangenen Jahres hatten mehrere Clanmitglieder in der Seestadt Bremerhaven aus einem nichtigen Anlass (Ahndung einer Ordnungswidrigkeit im Rahmen einer Verkehrskontrolle) Polizisten brutal angegriffen. Erst mit weiteren Unterstützungskräften konnte die Polizei die eskalierte Situation in den Griff bekommen.

PI-NEWS hatte seinerzeit über den Angriff ausführlich [berichtet](#). Ein [Video](#) der Szenerie, auf dem die Brutalität und Respektlosigkeit der berüchtigten Clanmitglieder eindeutig zu erkennen ist, wurde daraufhin millionenfach in den sozialen Medien und auf YouTube geteilt.

Etwa ein halbes Jahr später sorgte der Sachverhalt dann erneut für Schlagzeilen, weil die in Untersuchungshaft befindlichen Clanmitglieder wegen Überlastung des Bremer Landgerichts [vorzeitig entlassen](#) werden mussten.

Zu diesem Zeitpunkt wurde der veritable Justizskandal von der Wählervereinigung BÜRGER IN WUT (BIW) im Rahmen einer Aktuellen Stunde auch in den Bremer Landtag getragen. In seiner damaligen [Rede zur Thematik](#) hatte der BIW-Abgeordnete Jan Timke diese Justizposse deutlich benannt – gefolgt von Abgeordneten von CDU und selbst SDP, die ähnlich argumentierten.

Im aktuell laufenden Gerichtsprozess haben die stets vom rot-grünen Bremer Senat verhätschelten Clan-Mitglieder der [kapputgesparten](#) Bremer Justiz und deutschen Öffentlichkeit jetzt deutlich gezeigt (Beitragsvideo von „buten un binnen“), was sie von ihnen halten.

Auch das Onlineportal der *Nordsee Zeitung* [berichtet](#):

Noch mehr Vorwürfe gegen Bremerhavener Polizei-Angreifer

Sie sollen in der Goethestraße in Bremerhaven-Lehe Polizisten angegriffen und verletzt haben, und das nur wegen einer Verkehrskontrolle. Am Montag gab es bei der Prozesseröffnung am Landgericht dann eine Überraschung: Es geht nicht nur um den Fall vom Juli 2017. Eine ganze Reihe von Vergehen aus den vergangenen zwei Jahren wird den Geschwistern zur Last gelegt, die aus dem Libanon stammen sollen.

Die lange Latte an Vorwürfen war bislang unbekannt. Im Mittelpunkt des Prozesses steht aber die Attacke gegen die Polizisten am 3. Juli 2017 in der Goethestraße. Video-Aufnahmen von den Angriffen mit Flaschen und Pfefferspray wurden damals mit dem Handy gefilmt und über die sozialen Netzwerke veröffentlicht.

Die Aggressivität sorgte bei vielen Bürgern für Entsetzen. Die Angeklagten behaupten hingegen, provoziert worden zu sein. Für weiteres Entsetzen sorgte dann die Überraschung, dass die Angeklagten im Frühjahr auf freien Fuß gesetzt werden mussten, weil der Prozess nicht rechtzeitig starten konnte.

Der nächste Prozesstag, bei dem weitere Vorwürfe gegen die mehrfach polizeilich in Erscheinung getretenen Clanmitglieder offengelegt werden und auch die Polizisten als Zeugen zu Wort kommen, ist für den 15. Oktober anberaumt und ist öffentlich. PI-NEWS wird darüber berichten.



Martin Günthner: Schutzpatron schwerkrimineller Araberclans

Auf einen verantwortlichen Politiker können sich die schwerkriminellen Clanmitglieder der kurdisch-arabischen Großfamilien im „Bundesland“ Bremen bereits seit unzähligen Jahren absolut verlassen: Justizsenator [Martin Günthner](#) (42, SPD). Eine detaillierte Aufzählung der Skandale, „Pleiten“ und „Pannen“ um den seit Jahren überfälligen Justizsenator würde den Rahmen dieses Beitrages sprengen (PI-NEWS berichtete [hier](#), [hier](#), [hier](#), [hier](#), [hier](#) und so weiter...).

Nachdem am **8. August 2013** eine rund 30-köpfige Männergruppe eines berüchtigten Araberclans nach einem nichtigen Anlass vier Arbeiter auf einer Bremer Baustelle überfallen und zum Teil mit Messern schwer verletzt hatte, [berichtet](#) der Bremer *Kurier am Sonntag* heute:

Landgericht Bremen: Fünf Jahre Warten auf Gerichtsprozess

Der Prozess gegen die jungen Männer, die vor fünf Jahren in der Neustadt mehrere Bauarbeiter überfallen haben, lässt weiter auf sich warten. Ein Bürgerschaftsabgeordneter nennt dies einen „Justizskandal“. (...)

Die mutmaßlichen Täter wurden ermittelt, die Anklagen sind längst erhoben, doch auch nach über fünf Jahren lässt der Gerichtsprozess weiter auf sich warten, wie der Senat kürzlich

auf Anfrage der Gruppe Bürger in Wut (BIW) mitteilte. Angesichts der Schwere des Verbrechens sei dies ein „Justizskandal“, kritisiert Jan Timke, Vorsitzender der BIW-Gruppe in der Bürgerschaft in einer Pressemitteilung.

Es stehe zu befürchten, dass die überdurchschnittlich lange Verfahrensdauer und die damit verbundenen Belastungen zu einer Strafmilderung für die Angeklagten führen werden, sagt Timke. Denn das Landgericht sei laut höchstrichterlicher Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs sogar verpflichtet, diesen Aspekt als eigenständigen Gesichtspunkt bei der Strafzumessung für die Angeklagten zu berücksichtigen.

Dabei hatte der Pressesprecher des Bremer Landgerichts, Thorsten Prange, noch vor wenigen Monaten hoffnungsfroh [mitgeteilt](#):

„Total misslich, natürlich ist dieser Prozess längst überfällig“, räumt Thorsten Prange, Pressesprecher des Landgerichts, ein. Aber nun gebe es in diesem Fall zumindest Bewegung. „Der Fall kommt tatsächlich als nächstes dran“, sagt Prange. Ziel sei es, noch im Sommer oder spätestens im Herbst zu verhandeln.

Welcher Sommer konkret gemeint war, konnte nicht in Erfahrung gebracht werden.

Wie lange der „[Kommunistenfan ohne Ausbildung](#)“ sich allerdings noch im Amt halten kann, darüber können die Wähler im kleinsten „Bundesland“ am [26. Mai 2019](#) ein Wörtchen mitreden...



„Geburten-Dschihad“ in Bremen – „Familien“ prügeln um Neugeborenes

Von JEFF WINSTON | Was für ein fulminanter Start ins neue Leben im Irrenhaus Deutschland !!! Ein kleiner Erdenbürger erblickte im Kreise seiner freudig erregten Großfamilie am Wochenende das Licht der Welt in der international renommierten Geburtsklinik St. Joseph-Stift in Bremen-Schwachhausen. Denn [der beliebte Stadtteil gilt als gediegene Wohngegend](#) für gutsituierte Bremer Bürger und einkommensstarke Familienclans. Opulente Jugendstil-Villen und Altbremer Häuser prägen das Gesicht des pittoresken Nobelvororts, der sich nördlich an die Bremer City anschließt.

Schwachköpfe in Schwachhausen – um eine Armlänge

Ebenfalls pittoresk mutet allerdings an, was sich dann nur wenige Minuten nach dem vollendeten Geburtsvorgang am Samstag abspielte. Gegen 17 Uhr wurde die Polizei alarmiert, weil plötzlich Meinungsverschiedenheiten zwischen den Verwandten auftraten. Laut Zeugenaussagen prügeln sie sich plötzlich darüber, wer den sozialertragbringenden Neubürger als erstes auf den Arm nehmen darf.

Nein, wir wollen Sie nicht auf den Arm nehmen, [hier die offizielle Polizeimeldung](#):

Ort: Bremen-Schwachhausen

Zeit: 01.09.18, 17.00 Uhr

Am späten Samstagnachmittag wurde die Polizei alarmiert, als sich in einer Schwachhauser Klinik bis zu zehn Verwandte eines neuen Erdenbürgers prügelten. Sie waren nach Aussagen von Zeugen darüber in Streit geraten, wer das Kind als erstes auf den Arm nehmen darf. Der eskalierte derart, dass die Fäuste flogen und nach derzeitigen Erkenntnissen eine Person leicht verletzt wurde. Die Einsatzkräfte trennten die Parteien in kurzer Zeit. Dabei leisteten einige Beteiligten Widerstand und griffen die Polizisten an. Am Ende wurden gegen drei der Beteiligten Ermittlungen eingeleitet. Sie dauern an.

Rückfragen bitte an:

Pressestelle Polizei Bremen

Pressestelle

Telefon: 0421/362 12114

Fax: 0421/362 3749

pressestelle@polizei.bremen.de

http://www.polizei.bremen.de

Die Polizei konnte auf PI-NEWS-Nachfrage nicht erklären, ob es sich bei den aus dem Schwach-Häuschen geratenen Verwandten der ~~Gebärmaschine~~ Gebärenden um alteingesessene Schwachhausener oder möglicherweise sogar stets willkommene Neu-Bremer handle.

Ehr-würdige Familienbande

Laut Zeugenaussagen handelte es sich bei dem gleich schwer traumatisierten Geburtskanal-Emigranten um einen männlichen „Stamm“-Halter. Wer hätte das gedacht? Die Geburt des neuen Clan-Mitglieds wird für die emotional-verwirrte Großfamilie aus Bremen noch lange unvergesslich bleiben – ebenso für die Ärzte, Hebammen und die alarmierten Polizeieinsatzkräfte im Rahmen des historisch einzigartigen Experimentes. Außer Skalpellen zum Abnabeln der *Funiculus umbilicalis* kamen an

diesem Nachmittag ausnahmsweise keine weiteren Schnittwerkzeuge zum Einsatz.

Man kann dem kleinen Weltbürger nur gratulieren – bei solch einer „ehrwürdigen“ bremischen Familienbande ist beste Integration in die „Zivilgesellschaft“ bereits vorprogrammiert und deren Rente gesichert.

Der Storch hat's gebracht – die „[Störchin](#)“ wird's wohl auch zurückbringen, Inshallah!



Nächster SPD-Bürgermeister strebt Koalition mit SED-Nachfolgepartei an

Bremens nicht vom Wahlvolk [legitimierter](#) Bürgermeister und Senatspräsident Carsten Sieling (59, SPD), der sich laut einer aktuellen Erhebung den [Titel](#) des „unbeliebtesten Stadtoberhauptes der 15 größten Städte Deutschlands“ ans Revers heften darf, steht nach der nächsten avisierten Wahlschlappe im Mai 2019 nicht als Junior-Partner einer Großen Koalition zur Verfügung und möchte stattdessen den Weg Berlins in den Kommunismus bestreiten.

Die Bremerhavener *Nordsee Zeitung* berichtet (Printausgabe):

„Eine Koalition mit den Linken und den Grünen kann sich der Regierungschef des Landes Bremen, Carsten Sieling (SPD) durchaus vorstellen. Aber nur, wenn keine andere Konstellation nach den Bürgerschaftswahlen im Mai kommenden Jahres möglich ist. Als Regierungschef einer rot-grünen Koalition spricht Sieling im NZ-Interview darüber, mit welchen Themen er in den Wahlkampf ziehen will: Bildung, Arbeitsplätze und Wohnungsbau. Bei den Wahlen will er wieder die Mehrheit für die SPD erobern. Sollte die CDU tatsächlich vorn liegen, würde er nicht als Junior-Partner einer Großen Koalition zur Verfügung stehen.“

Bei der letzten Bürgerschaftswahl im Jahre 2015 hatte die SPD mit 32,8 Prozent ihr bis dahin schlechtestes Ergebnis erzielt, war aber mit Abstand stärkste Fraktion geblieben. Seit 2007 regieren die Sozialdemokraten in Bremen mit den Grünen. Laut neuesten [Umfragen](#) könnte die CDU bei den anstehenden Bürgerschaftswahlen stärkste Kraft werden.

Der Länderfinanzausgleich [machts möglich...](#)



**Bremen: Antifa feiert sich,
kleine Frauen-Demo verhindert**

zu haben

Von CHRISTIANE CHRISTEN | Die AfD-nahe Gruppe „Bremer Frauenmarsch“ hatte für den 7. Juli zu einer Kundgebung auf den Bremer Marktplatz gerufen. Dem Aufruf folgten: vor allem Linke, und (Anti-)faschisten. Das ist erstmal nichts Ungewöhnliches, vor allem in der Hansestadt, wo man den degenerierenden Effekt von übermäßigem Wohlstand auch an den Lernergebnissen der Schüler erkennen kann (ein Drittel aller Bremer Schüler verlässt die Schule als funktionale Analphabeten).

Der Wohlstand vergangener Tage lässt sich inzwischen nur noch zum Schein über etwa eine halbe Milliarde Euro Länderfinanztransfer jährlich demonstrieren, und auch der BAMF-Skandal, mit dem Bremen seit einigen Wochen eng in Verbindung gebracht wird, trübt die linke Stimmung nur bedingt. Wird schon alles nicht so schlimm sein und mich wird es schon nicht treffen, denkt sich da so mancher, der die Deutschland-hassenden Krawallmacher gerne ignorieren würde.

Die Krawallmacher sind waren am Samstag besonders stark: Sie demonstrierten am Tag der „Seenotrettung“ für das schmutzige Geschäft der Schlepper, die Illegale ins Land schleusen und stießen als Gegendemo gegen die AfD-Kundgebung des Frauenmarsches auf dem Marktplatz auf die kleine Gruppe in der Absicht, die Kundgebung zu verhindern, was sie leider auch schafften. Aber sie schafften es nicht allein: Die Polizei half ihnen.

Der Platz war nicht abgesperrt, die Leute von der AfD-Kundgebung, eine handvoll Aktive, standen alleine auf dem Platz und gegenüber auf einer Treppe saßen bereits eine halbe Stunde vor Beginn ca. 80 Linke und musterten sie spöttisch. Minütlich wurden es mehr, während die AfD-Gruppe nicht nennenswert anwuchs. Die Stimmung war zu diesem Zeitpunkt schon so bedrohlich, dass leicht anzunehmen war, dass sich

keine weiteren Teilnehmer bei der Frauendemo einfinden. Pünktlich um 14 Uhr kam die Schlepper-Demo am Marktplatz an und die Antifa-Meute ging ungehindert bis auf Tuchfühlung an die Frauenmarsch-Teilnehmer heran, während die Polizei etwa zehn Meter weit daneben stand und erst aktiv wurde, als sie dazu aufgefordert wurde: „Wollen Sie die Leute nicht schützen?“

Bis zu zehn Polizisten setzten sich daraufhin in Bewegung und drängten die Linken von den Demo-Teilnehmern ab. Die meisten von ihnen Punks, ungepflegte schwarz Vermummte und junge Leute mit Antifa-Erkennungszeichen, eine DGB-Fahne, eine Fahne mit Hammer und Sichel, aber ansonsten keine Symbolik (selbst der grünen Jugend scheinen diese Typen zu extrem zu sein).



Fahne „Good night white pride“ (Gute Nacht weißer Stolz).

Eine Fahne „Good night white pride“ (Gute Nacht weißer Stolz) wurde auch gesehen. An Sprechchören hörte man in ohrenbetäubender Lautstärke, unterstützt von Trommeln, alles, was man sich in dem Zusammenhang vorstellen kann: „Alerta, Alerta, Antifaschista“, „Nie wieder Deutschland“, „Ganz Bremen hasst die AfD“, „Es gibt kein Recht auf Nazipropaganda“. Aus 500 Kehlen schallte den Leuten vom Frauenmarsch der Hass entgegen.

Es dauerte eine Weile, bis vom Polizeiwagen die erste Durchsage kam: Das Stören der angemeldeten Kundgebung des Bremer Frauenmarsches sei ein Verstoß gegen §21 Versammlungsgesetz, man würde die Gegenprotestler auffordern, die Kundgebung nicht zu stören ... Aha.

Eine Viertelstunde später folgte die gleiche Durchsage noch mal. Noch eine Viertelstunde später wieder, dieses Mal aber mit dem Zusatz, das wäre jetzt die wiederholte Warnung, man würde sonst Maßnahmen ergreifen.

Eine weitere Viertelstunde später: gleicher Text – versehen mit dem Zusatz „Letzte Warnung“. Eine weitere Viertelstunde später: Wiederholung der letzten Warnung!

Das Schauspiel ging zwei volle Stunden, aber die Linken machten, was sie wollten – völlig ungestört. Dann war die angemeldete Demozeit abgelaufen und die AfD-Leute wurden mit Polizeiwagen vom Platz eskortiert. Die Polizei wurde bespuckt, die Menge johlte.

Gegenüber Radio Bremen (siehe Video oben) wird der Einsatzleiter der Polizei, der vorher Teilnehmern der AfD-Demo geraten hatte, nicht hinzugehen, sagen, dass der Bremer Frauenmarsch wegen der Aussichtslosigkeit der Lage von sich aus abgebrochen hat. Dass er als Einsatzleiter dafür hätte sorgen müssen, dass diese Lage nicht eintritt, dass er dazu verpflichtet ist, eine angemeldete Kundgebung auch ordnungsgemäß stattfinden zu lassen und abzusichern, das sagte er nicht. Im Gegenteil, er schien ganz zufrieden zu sein mit dem Verlauf.

„Es wäre an der Zeit, diesen Linksextremen die Grundlage zu entziehen“, meinte ein Demo-Beobachter, der das Treiben mit sichtbarer Verstimmung zur Kenntnis nahm. „Staatsknete weg! Sicher arbeiten von denen nicht mal zwei Prozent!“

Das strahlende Wetter und die vielen Eis-essenden Sommerfrischler auf dem schönen Marktplatz haben keine Ahnung,

zu welchem Preis sie diese traumhafte Simulation längst vergangenen Glückes erkaufen. Sie werden es auch so schnell nicht erfahren, wenn sie nur im richtigen Moment ganz fest die Augen schließen.



BAMF Bremen: Zweite Leiterin ist zu tüchtig und muss gehen

Von REALSATIRE | Totales Chaos im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Die vormalige Leiterin der Bremer BAMF-Außenstelle Ulrike B. hatte offenbar zu große Nähe zur aggressiven Asylindustrie gezeigt und erließ massenhaft positive Bescheide ohne ausreichende Rechtsgrundlage ([PI-NEWS berichtete](#)). Sie erhielt Suspendierung, ihre Räumlichkeiten wurden staatsanwaltlich durchsucht. Ihre Nachfolgerin Josefa Schmid, [ehrenamtliche Bürgermeisterin](#) im niederbayerischen Kollnburg kehrte anschließend den Augiasstall aus. Offenbar war die Beamtin zu tüchtig, denn sie wurde überraschend ins bayrische Deggendorf zurückkommandiert, bestätigte das Bundesamt heute Mittag laut [Weser-Kurier](#). Dagegen will sie juristisch vorgehen.

Das riecht ganz nach Strafversetzung und stellt das BAMF und seine oberste Dienstbehörde mit Bundesinnenminister Horst Seehofer in ein noch schiefes Licht als bislang. Denn Josefa Schmid hatte nach ihrem Amtsantritt offensichtlich tabula rasa

gemacht. Am Dienstabend waren Informationen aus ihrem internen Vermerk an die Öffentlichkeit gelangt.

Vorwürfe gegenüber der Nürnberger Zentrale

Sie deckte auf, dass die Zahl der Fälle nicht nur 1.200, sondern 3.332 betrage, berichtete das ZDF-Magazin „Frontal 21“. Darin erhob Schmid auch schwere Vorwürfe gegenüber der BAMF-Zentrale in Nürnberg. Die Zentrale habe gewusst, dass Asylanträge [in Bremen entschieden](#) wurden, obwohl die Außenstelle nicht zuständig war und habe dies toleriert. Den 99-seitigen Bericht schickte Josefa Schmid direkt an Stephan Meyer, Staatssekretär im Innenministerium. Sie empfahl „dringend die Einsetzung einer Untersuchungskommission“. Eine Zeitzünderbombe für die Nürnberger BAMF-Präsidentin Jutta Cordt und Innenminister Horst Seehofer als oberster Dienstherr der chaotischen Behörde.

Das Imperium schlug augenblicklich zurück

Der Fall erinnert stark an die Mitarbeiterin in der niedersächsischen Asylaufnahmeeinrichtung, die bei ihren Vorgesetzten remonstriert hatte, weil ihr aufgefallen war, dass sich Asylbewerber unter verschiedenen Identitäten anmeldeten und zigfach Stütze kassierten. Dafür wurde ihre [beruflich übel mitgespielt](#).

Von „[Strafversetzung](#)“ will das BAMF aber nichts wissen. „In Abstimmung mit dem Bundesinnenministerium hat das BAMF entschieden, „aus Gründen der Fürsorge für die Beamtin die Abordnung zur Außenstelle Bremen vorzeitig zu beenden mit der Folge, dass die Beamtin in ihre bisherige Dienststelle in Deggendorf zurückkehrt“, lautete die bräsige Auskunft des BAMF-Sprechers.

Ihr Büro in Bremen darf Frau Schmid vorerst nicht betreten. Dazu hat sie auch keinen Zugang mehr zu Unterlagen und Beweismitteln.

Jetzt soll ein „erfahrener Referatsleiter“ die Außenstelle übernehmen. Die Öffentlichkeit kann sicher sein: am Ende wird sich alles in rechtlichem Wohlgefallen auflösen. Die ersten Schritte dazu sind schon eingeleitet: Der Bremer Innensenator Ulrich Mäurer (SPD) fordert, dass Bundesinnenminister Horst Seehofer nach Bremen kommt, um ihn auf den aktuellsten Stand im BAMF-Skandal zu bringen.



Ev. Kirchenhaus: Skatrentner wegen Kopftuch-Muslimas ausgesperrt

Schon seit sieben Jahren treffen sich regelmäßig jeden Dienstagmorgen zehn Rentner zum Skatklopfen im Kirchenhaus der Matthias-Claudius-Gemeinde an der Wilhelm-Raabe-Straße im Bremer Stadtteil Neustadt. Sie gehören zu jener Generation, die Deutschland aufgebaut hat und der wir den Wohlstand zu verdanken haben, den wir heute (noch) genießen. Zudem hat die evangelische Kirche im Laufe des Arbeitslebens dieser Rentner sicherlich ein erkleckliches Sümmchen an Kirchensteuer von ihnen kassiert. Man möchte meinen, dass sich die Mannen ihre wöchentliche Skatrunde in den Räumlichkeiten der Kirchengemeinde mehr als redlich verdient haben.

Aufbaugeneration muss Kopftuch-Muslimas weichen

Am 17. April jedoch mussten sie jedoch einer Gruppe von Kopftuch-Muslimas weichen, die in ihrem Leben noch keinen Cent Kirchensteuer bezahlt haben und dies auch nicht werden.

Die Skat-Runde fiel aus allen Wolken, als ihr eine Kirchenmitarbeiterin eröffnete, dass an diesem Tag eine Veranstaltung, bei der auch Kopftuch tragende Muslimas anwesend sein werden, stattfinden würde und deshalb die Kartenrunde ausfallen müsse. Angeblich handle es sich um einen „Wohlfühltag für ledige Mütter“. Mehr dazu am Ende dieses Artikels.

Skat-Bruder Meinhard Ahting (64) machte den Vorschlag, im Keller spielen, weil dort ohnehin mehrere Räume leer stehen würden. Nichts zu machen. An diesem Tag müsse das Gemeindehaus komplett männerfrei sein, weil die Muslimas ihr Kopftuch ablegen wollen, beschied die Kirchenmitarbeiter.

Kein Wunder, dass die Skat-Brüder das Vorgehen als handfesten Skandal empfinden. Karl-Heinz Weber (76) kritisiert, dass sie als Christen in ihrer christlichen Gemeinde Hausverbot bekommen, weil dort eine muslimische Veranstaltung stattfindet. Sein Spielpartner Ahting stellt fest, dass dieser Rauswurf nichts mehr mit Toleranz zu tun hat. Es mache ihm Angst, dass sie sich in einer kirchlichen Einrichtung an muslimische Regeln halten müssen.

Als die [BILD](#) den Vorfall aufgriff und die Gemeindepastorin [Birgit Locnikar](#) (53) um eine Stellungnahme bat, wurde zurückgerudert. Gegenüber der Zeitung erklärte die Geistliche, dass man zu einem „Wohlfühltag für alleinerziehende Mütter“ eingeladen hatte und darunter seien auch Muslimas gewesen. Zudem hätte noch einen freien Raum gegeben. Doch diese Info wurde leider nicht richtig an die Skatspieler weitergegeben.

Meinhard Ahting läßt das nicht gelten: „Das Haus musste männerfrei sein, weil die muslimischen Frauen ungestört ihre Kopftücher abnehmen wollten.“

Zweifel an Wohlfühltag nur für ledige (?) Mütter

Allein erziehende muslimische Mütter, die so gläubig sind, dass kein Mann in der Nähe sein darf, wenn sie ihr Kopftuch abnehmen? Davon dürfte es ungefähr so viele geben wie Veganer, die mit bloßen Händen blutige Steaks fressen. Es darf daher bezweifelt werden, dass nur ledige Mütter an dem „Wohlfühltag“ teilgenommen haben. Und wie die aktuellen Statistiken zeigen, sind mittlerweile in den Ballungszentren junge Mütter mit (meist muslimischen) Migrationshintergrund [ohnehin in der Überzahl](#). Es dürfte sich also hierbei wohl eher um einen Wohlfühltag für jene gehandelt haben, die durch ihre Fortpflanzungsraten für die unaufhaltsame Islamisierung unseres Landes sorgen. Schön, dass die evangelische Kirche mit unseren Kirchensteuern für deren Wohlbefinden sorgt und alte Männer christlichen Glaubens, die ihr Leben lang gearbeitet und gewerkelt haben, dafür aussperrt.

Die Pastorin will die Skat-Rentner nun zur internationalen Kochgruppe mit christlichen und muslimischen Frauen einladen, damit sich die Wogen in der Gemeinde wieder glätten.

Da wird die Kartenrunde bestimmt jetzt schon nicht mehr schlafen können vor Vorfreude. (hsg)